

«Die e-ID funktioniert wie eine ID in der virtuellen Welt»

Am 7. März entscheidet die Schweizer Stimmbevölkerung über einen Technologiesprung und befindet das erste Mal über ein Bundesgesetz, das ein vom Bund anerkanntes elektronisches Identifikationsmittel (e-ID) einführt.



Stéphane Schwab ist Leiter des E-Government-Sekretariats des Kantons Freiburg und Gemeindepräsident von Riaz. Bild: zvg.

Herr Schwab, wie wird sich mit der E-ID die Art und Weise der Datenverarbeitung in der Verwaltung und damit auch in den Gemeinden verändern?

Stéphane Schwab: Die E-ID wird die Identifizierung der virtuellen Person vereinfachen, das Fehlerrisiko verringern und die Geschwindigkeit und Qualität der Bearbeitung verbessern. E-Government wird es der Bevölkerung und der Wirtschaft ermöglichen, ihre Geschäfte 24 Stunden am Tag und sieben Tage in der Woche elektronisch abzuwickeln. Es ist ein weiterer Zugang zusätzlich zu den traditionellen Zugängen, die es bereits ermöglichen, Anfragen einfach, schnell und effizient zu stellen.

Was sind die Vorteile für die Bürger?

Schwab: In Freiburg wurden nach der Einführung des durchgängig elektronischen Zivilstandsregisterdienstes im Oktober 2019 – ein Novum in der Schweiz – 50% der Gesuche über den virtuellen Schalter eingereicht. Damit haben wir Bronze im «Best of Swiss Web 2020» in der Kategorie «Public

Value» gewonnen. Ein Gesuch kann zu jeder Tages- und Nachtzeit von zu Hause aus gestellt werden, man muss dafür also nicht mehr freinehmen oder durch die Stadt fahren. Heute müssen wir ein ganzes Arsenal von Identitätskontrollen einsetzen. Offizielle Ausweisdokumente scannen, Informationen verschicken oder an einen Schalter gehen. Mit der E-ID wird der Zugang zu Dienstleistungen für die Bevölkerung vereinfacht. Das darf sie von einer Verwaltung, die den digitalen Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichster Generationen gerecht werden will, auch erwarten. Sobald eine Person einmal identifiziert worden ist, kann sie ihre Identität für alle ihre Bedürfnisse im digitalen Bereich nutzen, sowohl für öffentliche Dienste als auch für die Privatwirtschaft. Die E-ID wird eine Art digitale Identitätskarte sein, die in der ganzen Schweiz und langfristig wahrscheinlich sogar international gültig sein wird.

Ist mit der Einführung der E-ID die Abschaffung der physischen Schalter und der Abbau von Arbeitsplätzen zu befürchten?

Schwab: Kurzfristig ist das nicht zu erwarten. Der virtuelle Schalter ist eine Ergänzung zu den physischen Schaltern mit ihren begrenzten Öffnungszeiten. Mittelfristig wird die Entwicklung von der Nachfrage abhängen. Werden die heutigen Schalter weiterhin in grossem Umfang genutzt, ändert sich wenig. Für Menschen, die mit der Digitalisierung weniger vertraut sind, wird es weiterhin die Möglichkeit geben, analoge Dienstleistungen zu erhalten. In Freiburg sind Gespräche mit unseren Gemeinden geplant, damit langfristig vor allem sie diesen bürgernahen Service anbieten.

Der Zug ist bereits in Fahrt. Was, wenn das Gesetz abgelehnt wird?

Schwab: Der Kanton Freiburg hat einen elektronischen Identifizierungsdienst öffentlich ausgeschrieben, um seiner Bevölkerung eine elektronische Identität mit Einbezug der Wirtschaft zu er-

möglichen. Wir werden unsere Dienstleistungen im Kanton auf jeden Fall vereinfacht anbieten können. Die E-ID hätte den Vorteil, dass landesweit dieselbe Identität verwendet würde. Sollte die Gesetzesvorlage scheitern, wird sie

Sagt die Schweiz Ja zu einem Technologiesprung? Antwort am 7. März 2021

Die Schweiz begibt sich auf eine Reise in die Welt des E-Governments und der virtuellen Schalter. Am 7. März 2021 entscheidet die Bevölkerung, ob sie einen Technologiesprung befürwortet: Sie befindet zum ersten Mal über ein Bundesgesetz, das eine vom Bund anerkannte elektronische Identität (E-ID) einführt.

Der Erwerb einer E-ID bleibt freiwillig. Interessierte Personen können einen Antrag bei einer vom Bund zugelassenen E-ID-Anbieterin* stellen. Die Anbieterin leitet dieses persönliche Gesuch dann an Bern weiter, wo die Bundesbehörden die Identität der Person überprüfen, bevor sie die Ausgabe ihrer elektronischen Identität genehmigen. Da das Referendum gegen das E-ID-Gesetz zustande gekommen ist, wird das Volk in einem sensiblen Bereich, der die persönliche Identifizierung betrifft, das letzte Wort haben.

Als Leiter des E-Government-Sekretariats des Kantons Freiburg hat Stéphane Schwab diesen Paradigmenwechsel bereits erlebt. Stéphane Schwab ist auch Gemeindepräsident in Riaz (FR).

* Die aktuellen Anbieterinnen auf dem Schweizer Markt, die zertifiziert werden müssten, sind SwissSign mit der SwissID, ELCA mit der TrustID, eID+ aus dem Kanton Schaffhausen sowie die Kantone Waadt und Genf, die auf eine kantonale Identität setzen.

Das Referendum gegen die Gesetzesvorlage zur E-ID

Das Referendum wird getragen von der Digitalen Gesellschaft, der unabhängigen Schweizer Kampagnenorganisation Campax, der Demokratie-Plattform WeCollect und dem Verein PublicBeta. Unterstützung kommt von der SP Schweiz, den Grünen und der Piratenpartei, dem VPOD, Syndicom, der Internet Society Switzerland, Grundrechte.ch, dem Schweizer Seniorenrat (SSR), dem Schweizer Verband für Seniorenfragen (SVS), der Vereinigung aktiver Senioren- und Selbsthilfeorganisationen der Schweiz (VASOS). Die Referendumsführer sprechen von einem gefährlichen Systemwechsel. Die Sicherung der Identität ist von jeher eine staatlich-hoheitliche Aufgabe, die unter demokratische Kontrolle gehöre. Es sei unverständlich, dass der Bund ausschliesslich private Akteure als E-ID-Aussteller festschreibe. Damit erhielten die privaten E-ID-Aussteller die Verantwortung für die Speicherung und Verwendung unserer Daten. Dem Bund bliebe nur eine schwache Kontrollfunktion; am Gesetzesrahmen ändere auch das Kontrollorgan EIDCOM nichts.

www.eid-referendum.ch

in einer anderen Form wiederkommen, denn es geht hier um einen unvermeidlichen Schritt im Digitalisierungsprozess. In der Zwischenzeit werden wir in Freiburg und in anderen Kantonen weiter voranschreiten.

Wie wird ein optimaler Datenschutz gewährleistet, wenn man bedenkt, dass grosse Server, die oft im Ausland stehen, potenziell Zugang zu den Daten haben könnten?

Schwab: Wir haben in Freiburg ein Gesetz ausgearbeitet, das sehr strenge Regeln für die Verwendung von Daten festlegt. Es liegt in den Händen unseres Parlaments. Alle unsere E-Government-Dienste befinden sich auf Servern in der Schweiz. Die Kantone achten sehr genau darauf, dass die Vorschriften eingehalten werden, ebenso wie die Aufsichtsbehörden. Um eine elektronische Identität zu schaffen, ist es notwendig, Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Nationalität sowie ein Porträtfoto anzugeben. Die meisten dieser Daten werden bereits von der

Mehrheit der in sozialen Netzwerken registrierten Personen bereitgestellt. Viele gehen weit über eine einfache Identifizierung hinaus. Bei der E-ID reden wir von einer ID für die digitale Welt. Das E-ID-Gesetz ist also nicht so weit entfernt von dem, was wir bereits in der physischen Welt erleben.

Der Staat soll die technische Umsetzung privaten Anbietern überlassen. Gelangen unsere Steuererklärungen oder Gesundheitsdaten künftig an Banken oder Versicherungen?

Schwab: Auf keinen Fall! Über die Anbieterin werden nur Identifizierungsdaten übermittelt. Auf diese Weise kann das Computersystem überprüfen, ob jemand tatsächlich die Person ist, für die er oder sie sich ausgibt. Damit ist der Auftrag der Anbieterin beendet, das Informationssystem des Staates übernimmt. Den technologischen Teil dem Privatsektor anzuvertrauen, bietet Gewähr, dass ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Instrumente in einem Bereich, in dem sich alles sehr schnell ändert, zu entwickeln. Die Vorlage, über die am 7. März 2021 abgestimmt wird, ermöglicht es dem Bund, sich auf seine klassische Rolle von Prüfen, Anerkennen und Kontrollieren, also auf sein Kerngeschäft, zu konzentrieren.

Und dieses System ist gegen mögliche Cyber-Angriffe gefeit?

Schwab: Es werden regelmässig Sicherheitsaudits durchgeführt. Ein Beispiel dafür ist unser Verein iGovPortal.ch, in dem mehrere Kantone zusammengeschlossen sind: Freiburg, Graubünden, Jura, Solothurn und St. Gallen. Jeder von ihnen führt strenge Sicherheitsaudits durch. Die Mehrfachprüfungen durch verschiedene Experten verstärken die Qualität unserer virtuellen Schalter.

Wo werden die Einwohnerdaten einer Gemeinde gespeichert? Könnten andere Gemeinden Zugang dazu haben?

Schwab: Die Daten der Gemeinde Riaz, die ich präsidiere, sind in unserem ERP gespeichert, einer Gemeindeverwaltungssoftware, die sich in der Gemeinde befindet. Bestimmte Daten, wie etwa jene, die unter das Gesetz über die Einwohnerkontrolle fallen, müssen an den Kanton oder an den Bund übermittelt werden.

Die jüngsten Wahlen im Kanton Neuenburg waren von Computerausfällen geprägt, die den Zorn der Bevölkerung erregten. Sind in Zukunft in Kantonen

und Gemeinden solche Szenarien zu befürchten?

Schwab: Es ist vielleicht die Kehrseite der Medaille, dass die Bevölkerung immer anspruchsvoller wird und zu Recht erwartet, dass alles perfekt funktioniert. Doch Pannen lassen sich auch in der digitalen Welt nicht zu 100 Prozent vermeiden. Wir müssen sicherstellen, dass Fehler auf ein Minimum reduziert werden, sei es bei der Entwicklung, Aktualisierung oder Prüfung unserer Dienste.

E-Government kommt in der Schweiz nur langsam voran. Liegt es am Mistrauen der Bevölkerung?

Schwab: Ich glaube nicht, dass es an der Bevölkerung liegt, sondern eher daran, dass die Dienste noch nicht online verfügbar sind und der rechtliche Rahmen fehlt. Es ist an der Zeit, die verlorene Zeit auf internationaler Ebene aufzuholen und die Schweiz in digitaler Hinsicht attraktiver zu machen. Stellen Sie sich einen Kanton oder eine Gemeinde vor, die ein Unternehmen mit hohem Innovations- und damit Arbeitsplatzpotenzial ansiedeln möchte. Dieses Unternehmen hat nun die Wahl zwischen einem Kanton, in dem es von seinem aktuellen Standort aus Informationen einholen und Online-Anfragen stellen kann, und einem Kanton, in dem es herausfinden muss, an wen es sich telefonisch oder per E-Mail wenden kann. Welchen Kanton wird das Unternehmen wählen? Es scheint mit klar im Interesse der Schweiz zu sein, eine nationale Identität zu haben.

*Interview: Alain Meyer
Übersetzung: Denise Lachat*

Info: <https://www.ejpd.admin.ch/ejpd/fr/home/themes/abstimmungen/bgeidhtml>

Die Haltung des SGV

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) hat sich im Verlauf der politischen Arbeiten für eine wesentliche Beteiligung der staatlichen Behörden eingesetzt. Er befürwortet die neue E-ID. Aus seiner Sicht ist nur mit einem rechtlich abgestützten E-ID-System eine eindeutige und verbindliche Identifikation von Personen im digitalen Raum möglich, und nur so kann E-Government auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene umfassend umgesetzt werden.